

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 30.03.2022
im Peter-Parler-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 18:38 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

ab 16:15 Uhr.

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

ab 16:15 Uhr.

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Herr Stadtrat Benedikt Disam

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski bis 18:00 Uhr.

Herr Stadtrat Alexander Hamler

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt

Herr René Bantel

Herr Alexander Groll

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Frau Chiara Kriz

Herr Thomas Ringel

Herr Ralf Schamberger

Frau Edith Wollmann

Frau Franka Zaneck

Abwesend:**CDU**

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

SPD

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Nadine Molinari

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-Streit

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Partnerschaft mit ukrainischer Stadt
- 2** Verabschiedung der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 der Stadt Schwäbisch Gmünd unter Einbeziehung der haushaltswirksamen Anträge zum Haushaltsplamentwurf 2022/2023 einschließlich Zustimmung zur Finanzplanung bis 2026.

Beschluss über die Wirtschaftspläne 2022 der Eigenbetriebe Stadtentwässerung, Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd und Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest einschließlich Zustimmung zu den Finanzplanungen bis 2025.
- 3** Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2022 der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd
- 4** Feststellung der Jahresrechnung 2018 der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd
- 5** Agenda Klimaneutralität 2035 mit Maßnahmenplan einschließlich Beitritt zum European Energy Award
- 6** Neukonzeption der Verpflegung an Gmünder Schulen
- 7** Bedarfsplanung für die Bereiche Kindergarten und Betreuungsangebote für unter Dreijährige - Kindergartenjahr 2022/2023
- 8** Bebauungsplan Nr. 540 A "Nachhaltiger Technologiepark Aspen" in Schwäbisch Gmünd-Bargau mit Fachplänen und Gutachten
hier: Vergabe der Planungsleistungen
- 9** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 120 B "Sportpark Laichle", Gemarkung Großdeinbach
- Entwurfsbeschluss
- 10** Ergänzung der Bestellung von ehrenamtlichen Mitgliedern für den gemeinsamen Gutachterausschuss Schwäbisch Gmünd nach § 192 Baugesetzbuch und der Gutachterausschussverordnung
- 11** Baugebiet "Wohnen am Vogelhof" - Vergabebeschluss -
- 12** Sammelkläranlage Zollerwiesen - Erneuerung der Räumler beim Nachklärbecken 1 und 2 - Vergabebeschluss
- 13** Überlassen eines ausgemusterten Einsatzleitwagen ELW an die Feuerwehr Székesfehérvár
- 14** Spenden für Flüchtlingsfonds
- 15** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen

16 Bekanntgaben**16.1** Impfstützpunkt**16.2** Treppenanlage Rotrinnensteg**16.3** Ausrufung der Frühwarnstufe des Notfallplans Gas**17** Anfragen**17.1** Mülldeponie Laichle**17.2** Waldstetter Torbrücke**17.3** Sportpark Laichle**17.4** Radweg Becherlehen-Mutlangen**17.5** Krähenplage Weststadt**17.6** Förderprogramm Lastenrad

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Er weist auf die geänderte Tagesordnung hin. Der Antrag der Fraktion die Linken soll neuer Tagesordnungspunkt 1 werden. Alle Fraktionen sind damit einverstanden.

Es liegen darüber hinaus keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Partnerschaft mit ukrainischer Stadt

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold ruft den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf und weist darauf hin, dass es dann auch eine höhere Personalausstattung (zwei zusätzliche Stellen) benötige, wenn es zu einer Partnerschaft komme.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE erläutert den Antrag und führt aus, dass man derzeit die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs sehe. Es sei verheerend, welche Auswirkungen es auf die Zivilgesellschaft habe. Dies habe die Fraktion zu Überlegungen veranlasst.

Erster Bürgermeister Baron erläutert, dass keine klassische Städtepartnerschaft gemeint sei, sondern eine Partnerschaft für den Wiederaufbau.

Stadtrat Sopp/CDU freut sich, dass man den Antrag so formuliert habe, dass alle Fraktionen mitgehen könnten. Hier stimme man nun zu, da man den Leuten helfen müsse.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man das Thema Partnerschaften bereits vor vielen Jahren beleuchtet habe, es sei nun eine neue Herangehensweise. Für die Menschen sei es nach dem Krieg hoffentlich eine Entlastung.

Stadtrat Lieb/SPD bedankt sich für den Antrag. Es sei wichtig, dass man sich positioniere und die Menschen nicht alleine lasse. Die Fraktion stimme daher zu. Zum Thema selbst merkt er an, dass es sehr bedenklich sei, dass der AfD-Landtagsabgeordnete davon gesprochen habe, dass es nun endlich echte Flüchtlinge seien. Eine Klassifizierung sei nicht zulässig. Außerdem sei es wichtig, dass man russischsprachige Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund aus Russland nicht in die Enge treibe oder angreife. Man dürfe keine Spaltung zulassen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen ist über den Antrag verwundert und überrascht. Es sei wichtig, dass man hilfsbereit sei. Absichtserklärungen, die eventuell im Sande verlaufen, seien nicht zielführend. Man solle sich um die Menschen hier kümmern.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass der Antrag so formuliert sei, dass man sich darum kümmere, wenn die Zeit dafür reif sei.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bittet um eine Beratungspause und eine Kostenschätzung.

Oberbürgermeister Arnold unterbricht die Sitzung und plädiert nach der Sitzungsunterbrechung dafür, dass man nun ein politisches Bekenntnis abgeben solle.

Stadtrat Dr. Beck/SPD findet, dass man die Kirche im Dorf lassen solle, man könne den Rahmen noch ausgestalten. Es brauche jedoch jetzt ein politisches Zeichen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE findet es schade. Am Montag im Ältestenrat habe man Einladungen ausgesprochen, daran mitzuarbeiten. Der Antrag sei sehr offen gehalten, man lege sich auf nichts fest, setze aber ein klares politisches Signal.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste findet das Vorgehen bedenklich. Im Ältestenrat habe man den Antrag erhalten, der weitergehend gewesen sei. Zu diesem habe man sich bis zum 29.03.2022 um 12:00 Uhr zurückmelden sollen. Er habe nicht zugestimmt, die Information von Stadtrat Fritz sei daher falsch. Man werde zustimmen, da es um die Sache gehe. Künftig werde man diesem Vorgehen aber nicht mehr zustimmen.

Stadtrat Preiß/CDU stimmt Stadtrat Dombrowski zu. In der Sache habe die Fraktion Recht, aber die Eile verstehe er nicht.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen stimmt Stadtrat Dombrowski ebenfalls zu. Sie hätte sich ebenfalls gewünscht, dass die Sache wie üblich auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Stadt Schwäbisch Gmünd erklärt sich bereit, eine Partnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine auszuloten und anzubahnen. Dies soll geschehen mit dem Ziel, die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt in der Zeit nach einem Waffenstillstand/Friedensvertrag beim Wiederaufbau nach Kräften zu unterstützen.

Die bereits hierher geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer sollen in die Überlegungen und in die hierfür erforderlichen Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern vor Ort aktiv einbezogen werden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Verabschiedung der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 der Stadt Schwäbisch Gmünd unter Einbeziehung der haushaltswirksamen Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2022/2023 einschließlich Zustimmung zur Finanzplanung bis 2026.

Beschluss über die Wirtschaftspläne 2022 der Eigenbetriebe Stadtentwässerung, Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd und Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest einschließlich Zustimmung zu den Finanzplanungen bis 2025.

Vorlage: 047/2022/1

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron führt in den Sachverhalt ein. Er ruft den haushaltswirksamen Antrag Nr. 9, zu dem es noch Diskussionsbedarf gebe, auf und führt aus, dass man die Klimaneutralität bis 2035 erreichen wolle, den European Energy Award durchführen und die Ziele messbar machen wolle.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass der Kompromissvorschlag mitgetragen werde.

Stadtrat Lieb/SPD äußert, dass die Fraktion ebenfalls zustimme. Der Masterplan müsse aufgestellt und dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass man mit dem European Energy Award schnell durchstarten möchte, um zu prüfen, wo man derzeit stehe.

Stadtrat Baumhauer/CDU bringt zum Ausdruck, dass die Fraktion den Kompromissvorschlag eingebracht habe, daher trage man diesen auch mit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Haushaltssatzung 2022/2023 der Stadt Schwäbisch Gmünd

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg beschließt der Gemeinderat am 30.03.2022 die folgende Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2022 und 2023:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im Ergebnishaushalt mit den folgenden Beträgen	2022 EUR	2023 EUR
1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	180.853.910	177.861.310

1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	-188.058.800	-189.757.250
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2)	-7.204.890	-11.895.940
1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	4.800.000	4.300.000
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0	0
1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5)	4.800.000	4.300.000
1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6)	-2.404.890	-7.595.940

2. im Finanzhaushalt mit den folgenden Beträgen	2022 EUR	2023 EUR
2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	176.823.910	173.801.310
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-177.058.800	-178.757.250
2.3 Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2)	-234.890	-4.955.940
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	17.983.200	22.033.150
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-51.019.580	-38.520.700
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5)	-33.036.380	-16.487.550
2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6)	-33.271.270	-21.443.490
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	30.900.000	18.000.000
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-4.257.900	-4.936.200
2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9)	26.642.100	13.063.800
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-6.629.170	-8.379.690

§ 2 Kreditermächtigung

	2022 EUR	2023 EUR
Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf	30.900.000	18.000.000

Die Verwaltung wird ermächtigt, Kreditaufnahmen im Rahmen der Kreditermächtigungen nach § 2 unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten zu tätigen.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

	2022 EUR	2023 EUR
Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf	21.098.700	21.759.000

§ 4 Kassenkredite

	2022 EUR	2023 EUR
Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	37.000.000	37.000.000

§ 5 Steuersätze

Nachrichtlich:

1. Die Hebesätze für die Grundsteuer wurden in der Satzung über die Erhebung von Realsteuern vom 25. März 2021 mit Wirkung vom 1. Januar 2022 wie folgt festgesetzt:

- | | |
|--|-----------|
| a) für die land- u. forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 340 v. H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf der Steuermessbeträge. | 470 v. H. |

Nach § 28 Abs. 2 Grundsteuergesetz werden Kleinbeträge wie folgt fällig:

- | | |
|--|--|
| a) jährlich am 15. August mit dem Jahresbetrag, wenn dieser 15 € nicht übersteigt. | |
| b) jährlich am 15. Februar und 15. August je zur Hälfte des Jahresbetrages, wenn dieser 30 € nicht übersteigt. | |

2. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag wurde in der Satzung über die Erhebung von Realsteuern vom 25. März 2021 mit Wirkung vom 1. Januar 2022 auf der Steuermessbeträge festgesetzt.	380 v. H.
---	-----------

2. Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd

Der Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd wird entsprechend dem auf Seite 718 des Entwurfs des Haushaltsplanes 2022 ersichtlichen Wortlaut beschlossen.

3. Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd

Der Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd wird entsprechend dem Wortlaut auf Seite 732 des Entwurfs des Haushaltsplanes 2022 beschlossen.

4. Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest

Der Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest wird entsprechend dem Wortlaut auf Seite 752 des Entwurfs des Haushaltsplanes 2022 beschlossen.

5. Finanzplanung 2021 – 2026 Stadt

Der Finanzplanung für den städtischen Haushalt wird zugestimmt.

6. Finanzplanung 2021 – 2025 Eigenbetriebe

Den Finanzplanungen für die Eigenbetriebe Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd, Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest und der Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd wird zugestimmt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2022 der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd Vorlage: 050/2022/1

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg beschließt der Gemeinderat die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen EUR

1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	1.111.940
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	1.056.200
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	55.740
1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0
1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	0
1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	55.740

2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen EUR

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	1.059.880
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	819.160
2.3 Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	240.720
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	40.000
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	43.000
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-3.000
2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	237.720
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0
2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	0
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	237.720

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 0 EUR.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf 0 EUR.

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 210.000 EUR.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 4 Feststellung der Jahresrechnung 2018 der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd Vorlage: 052/2022

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Zur Feststellung der Jahresrechnung 2018 der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd wird folgender Beschluss gefasst:

Die Jahresrechnung 2018 der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd wird wie folgt dargestellt:

1. Ergebnis der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2018 der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd

Ergebnisfeststellung für das Haushaltsjahr 2018
der Hospitalstiftung zum Hl. Geist Schwäbisch Gmünd

- Feststellung und Aufgliederung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung

	Verwaltungs- haushalt (VwH) €	Vermögens- haushalt (VmH) €	Gesamt- haushalt €
1. Soll-Einnahmen	1.307.159,81	163.561,39	1.470.721,20
2. Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
3. Zwischensumme	1.307.159,81	163.561,39	1.470.721,20
4. Ab: Haushaltseinnahmereste vom Vorjahr	0,00	0,00	0,00
5. Bereinigte Soll-Einnahmen	1.307.159,81	163.561,39	1.470.721,20
6. Soll-Ausgaben	1.420.533,27	288.661,39	1.709.194,66
7. Neue Haushaltsausgabereste	44.495,59	3.500,00	47.995,59
8. Zwischensumme	1.465.028,86	292.161,39	1.757.190,25
9. Ab: Haushaltsausgabereste vom Vorjahr	157.869,05	128.600,00	286.469,05
10. Bereinigte Soll-Ausgaben	1.307.159,81	163.561,39	1.470.721,20
11. Differenz 10 ./ 5 (Fehlbetrag)	0,00	0,00	0,00
<i>Nachrichtlich</i>			
12. Abgänge an			
12.1. Haushaltseinnahmeresten	0,00	0,00	0,00
12.2. Haushaltsausgaberesten	14.503,08	125.870,01	140.373,09

13.	Überschuss nach § 41 Abs. 3 Satz 2 GemHVO	0,00	271.431,40	271.431,40
14.	Fehlbetrag nach § 84 Abs. 2 GemO (vgl. § 23 Satz 2 GemHVO)	0,00	0,00	0,00

2. Vermögensrechnung 2018 der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd

Aktiva	Anfangsbestand 01.01.2018 €	Endbestand 31.12.2018 €	Passiva	Anfangsbestand 01.01.2018 €	Endbestand 31.12.2018 €
Anlagevermögen			Deckungskapital		
Sachanlagen	28.210.328,58	28.087.124,43	Objektbezogenes Deckungskapital (Zuweisungen und Zuschüsse)	2.836.685,34	2.804.415,29
darunter					
Kostenrechnende Einrichtungen					
-Grundstücke	185.931,20	177.290,24			
Kostenrechnende Einrichtungen					
-Bewegliche Sachen	14.084,19	12.682,07			
Verwaltungsvermögen					
-Grundstücke	27.720.353,93	27.607.974,07			
Verwaltungsvermögen					
-Bewegliche Sachen	289.959,26	289.178,05			
Finanzanlagen (Geschäftsanteile VGW)	371.280,00	371.280,00	Kredite	0,00	0,00
			Sonstiges Deckungskapital	25.873.523,24	25.657.489,14
Abgrenzung zum Anlagevermögen (Haushaltsausgabereste VmH)	128.600,00	3.500,00	Abgrenzung zum Deckungskapital (Haushaltseinnahmereste)	0,00	0,00
Summe 1	28.710.208,58	28.461.904,43	Summe 1	28.710.208,58	28.461.904,43
Geldanlagen			Rücklagen / sonstige Geldvermögensbindungen		
sonstige Geldanlagen	9.600,00	9.600,00	Allgemeine Rücklage	1.057.467,54	1.328.898,94
angelegtes Stiftungskapital	579.271,30	579.271,30	Sondervermögen in Geld	579.271,30	579.271,30
Forderungen aus laufender Rechnung			Verpflichtungen aus laufender Rechnung		
Kasseneinnahmereste	6.582,14	-422,05	Kassenausgabereste	46.652,63	40.487,16
Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	Haushaltsausgabereste	286.469,05	47.995,59
Kassenbestand	1.374.407,08	1.408.203,74			
Summe 2	1.969.860,52	1.996.652,99	Summe 2	1.969.860,52	1.996.652,99
Summe Aktiva	30.680.069,10	30.458.557,42	Summe Passiva	30.680.069,10	30.458.557,42

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 5 Agenda Klimaneutralität 2035 mit Maßnahmenplan einschließlich Beitritt
zum European Energy Award
Vorlage: 035/2022**

Protokoll:

Ohne Aussprache. Der Sachverhalt wurde bereits unter Tagesordnungspunkt 2 thematisiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Gemeinsames Ziel von Gemeinderat und Verwaltung ist es bis Ende 2023 einen Masterplan zur Erreichung der Klimaneutralität im Jahr 2035 zu erstellen. Dies ist Zielsetzung des Einstiegs in den European Energy Awards (EEA).

Falls sich während des laufenden Prozesses die Notwendigkeit für weitere externe Unterstützung ergibt, werden im Doppelhaushalt 22/23 pro Jahr weitere 50 T€ zur Verfügung gestellt – vorbehaltlich möglicher Fördergelder - um den Vorgang zur Erreichung der Klimaschutzziele zu beschleunigen.

2. Der Gemeinderat ergänzt das Klimaschutzkonzept um die im 100-Tage-Bericht „Gmünd für morgen“ (Anlage 2, GR-Drucksache Nr. 202/2021) des zum 01.08.2021 neu geschaffenen Amtes für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und Bürgerbeteiligung (Amt 11) vorgeschlagenen Handlungsfelder:
 - KLIMAANPASSUNG
 - KONSUM inklusive Ernährung
 - BÜRGERBETEILIGUNG und
 - GLOBALE VERANTWORTUNG
3. Der Gemeinderat beschließt die im 100-Tage-Bericht „Gmünd für morgen“ (Anlage 2, GR-Drucksache Nr. 202/2021) bereits angekündigten und in der Anlage nochmals quantifizierten klimarelevanten Maßnahmen (Anlage 3) mit einer potentiellen CO₂-Einsparung von 17.701 Tonnen bis 2025 sowie die Finanzplanung 2024/2025. Er beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung. Die Umsetzung soll im Rahmen des Haushaltsvollzugs erfolgen. Zu den im Doppelhaushalt 2022/2023 veranschlagten städtischen Eigenanteilen kommen ggf.

noch zusätzliche (nicht etatisierte) Fördermittel für die jeweiligen Maßnahmen. Diese zusätzlichen Mehrerträge aus Fördermitteln verstärken im Rahmen der unechten Deckungsfähigkeit die entsprechenden Aufwendungsansätze.

4. Zur Weiterentwicklung und zeitnahen Umsetzung weiterer Maßnahmen hin zur Klimaneutralität 2035 beschließt der Gemeinderat den Beitritt der Stadt Schwäbisch Gmünd zum europaweit standardisierten und auditierten Prozess European Energy Award (GR-Drucksache Nr. 011/2022) und beauftragt die Verwaltung zur Antragstellung im Rahmen des Förderprogramms KLIMASCHUTZ-PLUS (Struktur-, Qualifizierungs- und Informationsprogramm) beim Land Baden-Württemberg. Nach Eingang des Förderbescheids beauftragt die Verwaltung des von der KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH und EKO Energiekompetenz Ostwürttemberg vermittelten EEA-zertifizierten Beraters Dipl.-Ing. Uwe Schelling - Büro für Klimaschutz und Energie zur Prozessbegleitung mit dem Ziel eines fortgeschriebenen Konzeptes „Gmünd für morgen“ mit einem konkreten energiepolitischen Arbeitspapier als Masterplan für die Klimaneutralität bis 2035.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

zu 6 **Neukonzeption der Verpflegung an Gmünder Schulen** **Vorlage: 031/2022**

Protokoll:

Stadtrat Dr. Beck/SPD führt aus, dass die Schulleitungen darum gebeten hätten, verstärkter eingebunden zu werden. Sie würden das Anliegen der Stadt positiv sehen, aber es müssten die Eltern und Elternbeiräte schleunigst eingebunden werden. Vieles würden diese nur aus der Zeitung erfahren. Dies sei nicht gut. Offen sei, ob die Infrastruktur in den Schulen vorhanden und geklärt sei. Auch Reinigungsfragen seien noch offen. Die Sorgen müssten besprochen und geklärt werden. Man wünsche sich eine Evaluation des neuen Verfahrens zwischen den Herbst- und den Weihnachtsferien und eine Präsentation der Erkenntnisse.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man die Schulleitungen in einer Sonder-sitzung bereits informiert habe. Man habe bereits angekündigt, dass man die Schul-gemeinschaft informieren werde.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste führt aus, dass man beispielsweise in der Friedens-schule nicht kochen könne, die Küche sei viel zu klein. Man müsse die Ortsvorsteher besser einbinden. Die Friedensschule sei zu 100% zufrieden, man verstehe daher nicht, warum man dies nun verändere.

Herr Arnholdt antwortet, dass man eine Prüfung vor Ort gemacht habe. Diese habe

ergeben, dass man sowohl personell als auch organisatorisch gut ausgestattet sei. Man werde individuelle Essenspläne aufstellen. In den Ortschaftsrat könne man gerne kommen, wenn der Wunsch bestehe. Man bespreche es noch mit allen Schulen. Man binde die Schulgemeinschaft mit ein, benötige aber zunächst einen Gemeinderatsbeschluss. Im Frühjahr 2023, nach einem halben Jahr Erfahrung, könne man gerne berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Neukonzeption zur Schulverpflegung an den städtischen Schulen wird wie vorgeschlagen zugestimmt.
2. Die Schulverpflegung wird künftig durch das Amt für Bildung und Sport in Eigenregie organisiert.
3. Auf eine europaweite Ausschreibung der Schulverpflegung und auf Vergabe an einen externen Caterer wird aufgrund der strukturellen Neukonzeption verzichtet.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 7 Bedarfsplanung für die Bereiche Kindergarten und Betreuungsangebote für unter Dreijährige - Kindergartenjahr 2022/2023
Vorlage: 032/2022

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

- 1.) Die kommunale Bedarfsplanung der Stadt Schwäbisch Gmünd für die Bereiche Kindergarten und Betreuungsangebote für unter Dreijährige für das Kindergartenjahr 2022/2023 wird mit dem unter Punkt 6. aufgeführten Bestand und dessen Weiterentwicklung beschlossen.
- 2.) Die Stadt Schwäbisch Gmünd stellt für den laufenden Betrieb der Betreuungsan-

gebote in Kindertagesstätten eigene Finanzmittel in Höhe von 13,81 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2022 zur Verfügung (siehe Punkt 12.).

- 3.) Dem Vorschlag der Stadtverwaltung zur Schaffung von zusätzlichen PIA-Ausbildungsstellen (praxisintegrierte Ausbildung) ab 01.09.2022 im Rahmen eines Sonderprojekts, befristet auf die nächsten beiden Ausbildungsjahrgänge 2022 – 2025 und 2023 – 2026, und den damit verbundenen Kosten wird zugestimmt (Antragsbegründung siehe unter Punkt 9.2.).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 8 Bebauungsplan Nr. 540 A "Nachhaltiger Technologiepark Aspen" in Schwäbisch Gmünd-Bargau mit Fachplänen und Gutachten hier: Vergabe der Planungsleistungen Vorlage: 043/2022

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass man im Bau- und Umweltausschuss sehr intensiv beraten habe. Den Fraktionen sei ein Brief der Firma zugeleitet worden, in dem die Ausführungen von Herrn Hackner bestätigt werden würden.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass man das Thema bereits in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses beschließen hätte sollen. Die Eignung sei nun nachgewiesen, Herr Hackner habe dies im Ausschuss bereits bestätigt. Die Schleife hätte man sich sparen können, die CDU werde diesem zustimmen können. Man solle die Netzwerke ausbauen. Die Fraktion habe mit dem Landrat, mit dem Ministerpräsidenten und dem Landtagsabgeordneten Kontakt aufgenommen. Es werde bereits nächste Woche erste Gespräche geben. Er sehe das Projekt im Vergleich zur Landesgartenschau, auch damals sei es ein gewisses Wagnis gewesen. Man wolle sich heute nicht mehr vorstellen, wie es ohne die Entscheidung gewesen wäre. Man solle daher mutig sein und solche Entscheidungen treffen und den Glauben an das Projekt nicht verlieren.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bringt zum Ausdruck, dass die zusätzliche Runde, die man nun gedreht habe, gut gewesen sei, da die Project GmbH nun den Nachweis gebracht habe. Nicht geklärt sei, ob sich der zweite Anbieter gemeldet habe. Er schlägt vor, die E-Mail von Frau Pedoth als Teil des Beschlusses aufzunehmen. Dies müsse auch im Vertrag enthalten sein.

Herr Hackner antwortet, dass man von der anderen Firma keine Rückmeldung erhalten habe. Ziel sei, einen nachhaltigen Technologiepark zu entwickeln, der klimaneutral bzw. CO2-neutral mit einer Versorgung durch erneuerbare Energien umgesetzt werde.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass die extra Schleife notwendig sei und man genau auf die Details achten müsse. Er bedankt sich für die Anregung von Stadtrat Miller und der Verwaltung, die diese aufgenommen habe. Die Grundbedingung für die Realisierung von Aspen sei die Klimaneutralität und das Ansiedeln von Zukunftstechnologien.

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE findet es gut, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die zusätzlichen Punkte angesprochen habe. Der Fraktion gehe es ähnlich. Man habe die Änderung in der Vorlage nicht aufgenommen. Radolfzell habe das erste klimaneutrale Gewerbegebiet in Deutschland. Man könne viele Absagen, aber wenig Zusagen vernehmen. Radolfzell habe bereits über 60 Unternehmen gewonnen. Es sei daher wichtig, dass man es in die Vorlage erwähne, da man damit ein konkretes Zeichen setze. Wenn man einen Big Player nach Schwäbisch Gmünd holen wolle, dann dürften solche Fehler nicht passieren. Hier müsse man professionell agieren. Er macht auf einen Zeitungsartikel aufmerksam, in dem Herr Groll sich darüber freue, dass es eine Bürgerinitiative in anderen Städten gegen die Ansiedlung von Daimler und Volvo gebe. Dies würde bei den Firmen falsch ankommen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es ausführlich diskutiert habe. Herr Groll habe es nicht so gesagt.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass es gut sei, dass die Klimaneutralität nun aufgenommen sei und man alle mitnehmen könne.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (1 Enthaltung) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Das Büro Project GmbH Planungsgesellschaft für Städtebau, Architektur und Freianlagen wird beauftragt folgende Leistungen zum geplanten Gewerbegebiet „Bebauungsplan Nr. 540 A „Nachhaltiger Technologiepark Aspen“ und zur 12. FNP-Änderung (Nachhaltiger Technologiepark Aspen und Anbindung Gewerbegebiet Gügling an die OU Bargau) durchzuführen:

a) Bebauungsplan (HOAI Honorarzone I (Dreiviertelsatz 75%))	104.263,59 €
b) Grünordnungsplan (HOAI Honorarzone I (Mittelsatz 50%))	33.346,73 €
c) Umweltbericht	9.000,00 €
d) Änderung Flächennutzungsplan	8.000,00 €
e) Änderung Regionalplan/ Antrag Zielabweichungsverfahren	3.800,00 €
f) Schallgutachten	4.400,00 €
g) Besondere Leistungen (Erstellung Abwägung und zusammenfassende Erklärung)	4.800,00 €

Die oben genannten Preise sind Netto-Angaben zzgl. 2% Nebenkosten. Mit Nebenkosten und Mehrwertsteuer beträgt die Vergabesumme 203.445,41 €.

Der nachhaltige Technologiepark ist klima- bzw. CO₂-neutral und mit einer Versorgung durch erneuerbare Energien, entsprechend der dem Protokoll beigefügten Be-

schreibung der Project GmbH, zu entwickeln.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 9 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 120 B "Sportpark Laichle",
Gemarkung Großdeinbach
- Entwurfsbeschluss
Vorlage: 030/2022**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Stellungnahmen im Abwägungsprotokoll (Anlage 4 dieser Vorlage) beschlossen.
2. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften Nr. 120 B „Sportpark Laichle“ werden entsprechend der Anlage 1.1 im Entwurf beschlossen.
3. Die Begründung wird in der Fassung der Anlage 3 festgestellt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 10 Ergänzung der Bestellung von ehrenamtlichen Mitgliedern für den gemein-
samen Gutachterausschuss Schwäbisch Gmünd nach § 192 Baugesetzbuch
und der Gutachterausschussverordnung
Vorlage: 040/2022**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Entsprechend § 2 Gutachterausschussverordnung – GuAVO und der öffentlichen Vereinbarung für einen gemeinsamen Gutachterausschuss Schwäbisch Gmünd § 3 Abs. 2 werden die in der nachstehenden Vorschlagsliste (Anlage 1) aufgeführten Personen als ehrenamtliche Gutachter für die Ermittlung von Grundstückswerten bei dem gemeinsamen Gutachterausschuss Schwäbisch Gmünd bestellt. Die Bestellung erstreckt sich auf den Zeitraum bis zum 28.04.2023.

Die Bestellung der Gutachter der Gemeinden des Gemeindeverwaltungsverbands Schwäbischer Wald erfolgt zum 01.05.2022.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 11 Baugebiet "Wohnen am Vogelhof" - Vergabebeschluss -
Vorlage: 044/2022**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (3 Enthaltungen, 1 Gegenstimme) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Vergabe der erforderlichen Bauarbeiten auf Nachmaß an die Firma Georg Eichele Bauunternehmung in Untergröningen, gemäß deren Angebot vom 03.02.2022, für Kanal- und Straßenbau, Straßenbeleuchtung und Löschwasserbehälter zur Erschließung des Baugebietes „Wohnen am Vogelhof“ in Höhe von 810.961,21 € wird zugestimmt.

Die Kosten teilen sich hierbei wie folgt auf:	
Kanalbau Baugebiet mit Hirschbrunnenweg:	328.652,22 €
Grundstücksanschlüsse:	34.301,86 €
Straßenbau:	316.220,13 €
Straßenbeleuchtung (ohne Masten und Beleuchtungskörper):	3.537,08 €
Löschwasserbehälter:	128.249,92€

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 12 Sammelkläranlage Zollerwiesen - Erneuerung der Räumler beim Nachklärbecken 1 und 2 - Vergabebeschluss
Vorlage: 024/2022

Protokoll:

Herr Bantel weist darauf hin, dass die Vergabesumme um 1,08 Euro höher als im Beschlussantrag der Vorlage sei.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Erneuerung der Räumler für die Nachklärbecken 1 und 2 der Sammelkläranlage Zollerwiesen an die Firma J.A.G. Metallbau GmbH aus Neumünster zum Betrag von 941.749,58 € zu vergeben.
2. Für die Finanzierung der Maßnahme im Rahmen des Erfolgsplans werden bei den Mitteln für Fremdleistungen für Wartung und Unterhaltung im Wirtschaftsplan 2022 überplanmäßig 500.000 € bereitgestellt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 13 Überlassen eines ausgemusterten Einsatzleitwagen ELW an die Feuerwehr Székesfehérvár
Vorlage: 039/2022

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die Stadt Schwäbisch Gmünd schenkt der Feuerwehr Székesfehérvár den im Sachverhalt bezeichneten ausgemusterten Einsatzleitwagen ELW.
2. Die Abholung und Überführung des Fahrzeugs übernimmt die Feuerwehr Székesfehérvár eigenverantwortlich.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

**zu 14 Spenden für Flüchtlingsfonds
Vorlage: 058/2022**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden zu.
2. Die Annahme von Spenden für den Flüchtlingsfonds wird generell genehmigt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 15 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 054/2022**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 16 Bekanntgaben**zu 16.1 Impfstützpunkt****Protokoll:**

Erster Bürgermeister Baron gibt bekannt, dass es künftig noch zwei Impfstützpunkte im Ostalbkreis geben werde, einen in Aalen und einen in Schwäbisch Gmünd. Das Impfzentrum im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten werde daher geschlossen und der Impfstützpunkt werde in der Bocksgasse eröffnen.

zu 16.2 Treppenanlage Rotrinnensteg**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass vom 03.06.-08.06.2022 eine Abschaltung der Bahnoberleitung stattfinde. Diese Zeit nutze man, um die Treppenanlage aufzubauen. Der Vorteil sei, dass man keine separate Bahnsperre vornehmen müsse, die zusätzliche Kosten verursachen würde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 66

zu 16.3 **Ausrufung der Frühwarnstufe des Notfallplans Gas**

Protokoll:

Herr Ernst präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage)

Stadtrat Preiß/CDU sorgt sich. Er erkundigt sich, ob die privaten Haushalte Angst haben müssten, bei 14 oder 15 Grad zuhause zu sitzen. Das Thema treibe die Menschen um. Außerdem würden hohe Mehrkosten auf einen zukommen. Wenn es zu einer Abschaltung komme, hätten die Zementhersteller ein großes Problem. Dachziegel hätten bereits jetzt sechs Monate Lieferzeit. Ohne Beton gebe es keine Bauindustrie, Arbeitsplätze seien dann in Gefahr und man bekomme keine Einnahmen mehr.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass alle Stellen mit Hochdruck an Lösungen arbeiten würden, dies werde nicht von heute auf morgen gehen. Er solle nicht Ängste schüren.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die privaten Haushalte derzeit noch geschützt seien, schwierig werde es erst im Herbst, wenn man wieder heize. Er erkundigt sich nach den Zahlen für Schwäbisch Gmünd und dem konkreten Notfallplan sowie ab wann dann die Betriebe betroffen seien. Man solle Gas sparen, dies könne man auch bei den Sitzungen machen. Jede Krise sei eine Chance, in diesem Fall der schnellere Umstieg auf erneuerbare Energien.

Herr Ernst erläutert das Verhältnis bei den Stadtwerken. Eine Energieeinsparung sei sehr sinnvoll. Das russische Gas, das ausfalle, könne bis zum Winter nicht aufgefangen werden. Erneuerbare Energien müssten ausgebaut werden.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass es Spekulationen seien, man solle es nicht so dramatisch sehen. Bei den Energiekosten sei man vorbereitet. Diejenigen, die am schlimmsten betroffen seien, könnten dann aufgefangen werden.

Stadtrat Christian Krieg/CDU bedankt sich für den Vortrag. Er erkundigt sich nach den Strompreisen und wie viele Kunden sich gemeldet hätten, die ihre Stromrechnung nicht zahlen könnten.

Herr Ernst antwortet, dass man bezüglich der Energien eine alternative Lösung suchen müsse, das Bundeswirtschaftsministerium sei dran.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man nachgesteuert habe in Bezug auf

erneuerbare Energien. Es bringe nur etwas, wenn man die Anlagen auch entsprechend am Laufen halte. Sobald ein Teil kaputtgehe und man nicht schnell Ersatzteile bekomme, werde es schwierig. Man müsse unabhängiger werde.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die schnelle Information. Er führt aus, dass Gemeinschaftseinrichtungen nicht explizit genannt worden seien, beispielsweise Schulen und Kindergärten. Außerdem fragt er an, was mit dem Hallenbad und Freibad sei und in welche Rubrik diese hineinfällen würden. Außerdem sei die Frage von Stadtrat Krieg noch nicht beantwortet worden.

Herr Ernst führt aus, dass es momentan keinen konkreten Katalog gebe, dies müsse man dann entsprechend beurteilen und einordnen. Es hätten sich bisher nur wenige Kunden gemeldet, ein paar Anfragen habe es zu Ratenzahlungen gegeben. Der Preisanstieg mache sich erst im kommenden Jahr bemerkbar.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man laufend informieren werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: Stadtwerke

zu 17 Anfragen

zu 17.1 Mülldeponie Laichle

Protokoll:

Stadtrat Dionyssiotis/DIE LINKE bittet um einen Sachstandsbericht zur ehemaligen Mülldeponie Laichle.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass die GOA am vergangenen Montag mit der Beräumung begonnen habe. Es seien bisher acht Tonnen Abfälle aus dem Gelände entfernt und gesammelt worden. Morsche, abgebrochene Äste seien zum Schutz der Mitarbeiter auf dem Gelände entfernt worden. Aufgrund des einsetzenden Regens sei die Fortführung unterbrochen worden. Die Zufahrt sei zum Schutz gesperrt worden. Die GOA habe zusammen mit dem Tiefbauamt einen Förderantrag beim Regierungspräsidium für Maßnahmen über den Altlastenfonds gestellt.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 66

zu 17.2 Waldstetter Torbrücke

Protokoll:

Stadtrat Dionyssiotis/DIE LINKE führt aus, dass an der Baustelle bei der Waldstetter Torbrücke die Fußgänger gefährdet seien. Die Autos würden sehr schnell fahren, es gebe keinen gesicherten Übergang und die Schüler würden trotzdem über die Baustelle gehen.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass eine Umleitungsstrecke eingerichtet worden sei.

Erster Bürgermeister Baron ergänzt, dass man aus Sicherheitsgründen und aufgrund des Busverkehrs keine andere Möglichkeit habe.

Stadtrat Hirsch/Bündnis 90/Die Grünen betont, dass es nicht nur Kinder betreffe. Die ausgeschilderte Umleitung sei über einen Kilometer Umweg. Er finde es wichtig, dass man es ernst nehme.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es aus Sicherheitsgründen für die Fußgänger so gemacht habe. Dies müsse man in Kauf nehmen.

Bürgermeister Mihm führt aus, dass man die Beschilderung nochmals anpassen könne.

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen plädiert ebenfalls für eine Verbesserung.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es mitnehme und prüfe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt: 66

zu 17.3 Sportpark Laichle

Protokoll:

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, inwiefern die Photovoltaik-Anlage auch in den Bebauungsplan aufgenommen worden sei, da 60 Prozent von

neuen Parkplätzen künftig mit Solaranlagen ausgestattet seien.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass es keine Sache des Bebauungsplans sei. Erst wenn der Parkplatz gebaut werde und eine Baugenehmigung beantragt werde, greife die gesetzliche Regelung.

Herr Hackner führt aus, dass man ein Baumdach stellen wolle. Das Ziel sei die Kombination mit Photovoltaik.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 17.4 Radweg Becherlehen-Mutlangen

Protokoll:

Stadtrat Preiß/CDU erkundigt sich nach dem Radweg zwischen Becherlehen und Mutlangen und wer dies bezahle.

Bürgermeister Arnold antwortet, dass man einen Förderantrag gestellt habe, die Gesamtsumme sei 2,3 Millionen Euro.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 66, 11

zu 17.5 Krähenplage Weststadt

Protokoll:

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE weist auf die Krähenplage in der Weststadt hin und erkundigt sich, ob es diese der Verwaltung bekannt sei und was man dagegen tun könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies bekannt sei. Krähen seien schützenswert.

Erster Bürgermeister Baron ergänzt, dass man keine Möglichkeit habe, einzugreifen. Es sei ein Stück weit Natur im Stadtgebiet.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 67

zu 17.6 Förderprogramm Lastenrad

Protokoll:

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach dem Zeithorizont für das Förderprogramm des Lastenrads. Sie erkundigt sich, ab wann man einen Antrag stellen könne und ob dies nach dem Windhundprinzip erfolge.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die Antwort nachreichen werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: